

4,4 Millionen Euro für einstige Haftanstalt

Förderantrag bewilligt: Ehemalige Haftanstalt kann in „einen Ort für alle“ umgewandelt werden

VON STEFFEN MÜLLER

KIEL. Von einem „Lost Place“ zu einem Ort für alle: Das ehemalige Marineuntersuchungsgefängnis in der Wik soll vor dem Verfall gerettet und der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht werden. Dafür stellt der Bund 4,4 Millionen Euro zur Verfügung. Der Förderbescheid wurde bereits überreicht. Bürgerinnen und Bürger sollen zur Zukunft der einstigen Haftanstalt mitreden können – ein Tag der offenen Tür im Herbst muss aus Sicherheitsgründen allerdings ausfallen.

Mit den 4,4 Millionen Euro soll das seit dem Jahr 2000 leerstehende Gefängnis an der Rostocker Straße der Öffent-

lichkeit wieder zugänglich gemacht werden. Was in dem Gefängnis entsteht, soll gemeinsam mit der Bevölkerung entwickelt werden. „Es soll keine Projektentwicklung am Reißbrett geben“, sagte Felix Schmuck, Leiter der Abteilung Stadterneuerung und Stadtentwicklung, bereits im Sommer. In einem offenen, experimentellen Prozess soll der einstige Ort des Schreckens zu einem „Dritten Ort“ entwickelt werden, der Begegnungen ermöglicht und zugänglich ist für viele Nutzergruppen.

Ursprünglich sollte noch im Herbst bei einem Tag der offenen Tür in dem ehemaligen Marineuntersuchungsgefängnis ein erster Ideenaustausch statt-

finden. Doch aus Sicherheitsgründen kann das Gebäude noch nicht wieder geöffnet wer-

den. Laut Schmuck sind unter anderem Fenster morsch und könnten sich aus den Veranke-

rungen lösen. Auch lose Ziegel könnten vom Dach fallen. Geplant ist, das Gebäude bis zum Sommer 2025 zu öffnen.

„Ich freue mich sehr, dass wir mit unserem Konzept zur Transformation des Marineuntersuchungsgefängnisses eine hochkarätige Jury überzeugen konnten und uns der Bund diese Förderung zur Verfügung stellt“, erklärte Oberbürgermeister Ulf Kämpfer bei der Übergabe des Förderbescheids in Berlin. „Anlässlich des 75. Geburtstages des Grundgesetzes haben wir uns dazu entschlossen, Orte der Demokratiebildung und der Erinnerung auszuwählen. Das ehemalige Marineuntersuchungsgefängnis in Kiel ist ein

solcher Ort“, begründet Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) die Wahl der Jury.

Ursprünglich wurde die 1904 eröffnete Haftanstalt für Disziplinarstrafen der Kaiserlichen Marine errichtet. Ab 1937 wurde das Gefängnis von den Nazis ausgebaut und genutzt, um Systemkritiker zum Schweigen zu bringen. Nach dem Krieg wurde aus dem Gebäude zunächst ein Wohnheim für Ledige. Ab Mitte der 1950er-Jahre zog das Kreiswehrrersatzamt in die Büros ein. Die Gefängniszellen blieben erhalten. Seit dem Auszug im Jahr 2000 steht der einstige Ort des Schreckens leer. 2016 kaufte die Stadt Kiel die historische Immobilie.



Das ehemalige Marineuntersuchungsgefängnis in Kiel-Wik verfällt zunehmend. Mit den zugesagten Städtebaumitteln soll der Prozess aufgehalten werden.

FOTO: TILMANN POST